

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr anzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimatteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. VI.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 164

Donnerstag, den 16. Juli 1936

88. Jahrgang

Für ehrliche Verständigung Lord Lothian vor der Anglo-German-Fellowship

Die Anglo-German Fellowship veranstaltete zu Ehren des Herzogs und der Herzogin von Braunschweig ein Essen, an dem zahlreiche führende Persönlichkeiten der englischen Politik und Wirtschaft und ihre Damen teilnahmen. Der bekannte englische Politiker Lord Lothian hielt eine großangelegte Rede, die er mit der Feststellung eröffnete, daß in den Beziehungen zwischen England und Deutschland ein Stadium erreicht sei, das gleichzeitig voller Hoffnungen und Befürchtungen sei, eine Gelegenheit, die, wenn man sie ergreife, der Welt den 25jährigen Frieden geben könne, von dem Adolf Hitler im vergangenen März gesprochen habe. Nehme man aber die Gelegenheit nicht wahr, so werde man vielleicht der Katastrophe entgegenfeuern.

Lord Lothian fragte, ob man die Streitigkeiten der letzten 30 Jahre fortsetzen lassen wolle, oder ob man gewillt sei, einen neuen Zeitabschnitt für die Menschheit zu beginnen. Das sei die Kernfrage, der man heute gegenüberstehe. Er glaube, daß die Stimmung auf beiden Seiten eine Rückkehr zur Zusammenarbeit verlange. Allerdings glaube er im Hinblick auf die Ereignisse des letzten oder der letzten beiden Jahre auch, daß der erste und entscheidende Schritt zur Ergreifung der jetzigen Gelegenheit nunmehr von England getan werden müsse. Dieser Schritt müsse darin bestehen ein für allemal auf das zu verzichten, was in Deutschland der Geist von Versailles genannt werde.

Was die Kriegsschuldfrage angehe, so bestehe bereits Übereinstimmung, nämlich darin, daß nicht eine Nation allein ausschließlich für den Krieg verantwortlich gemacht werden könne. Und dennoch gründet sich der Friede auf der Annahme der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands. Lord Lothian kam hierauf auf den Völkerbund zu sprechen, der niemals imstande gewesen sei, die Deutschland zugefügten Ungerechtigkeiten gemäß den Absichten des Präsidenten Wilson abzustellen. Wichtiger sei, daß der Völkerbund überalterte Verträge rechtzeitig revidiere, als daß er die Macht habe, einen Angreifer in Schranken zu halten. Wenn er die Kriegursachen rechtzeitig beseitigen könne, werde die Angriffsfrage niemals entfallen.

Die eigentliche Probe stehe der Genfer Einrichtung noch bevor, nämlich die Frage, ob der Völkerbund die Vertragsrevision auf friedlichem Wege zustande bringen könne, die Deutschland denjenigen Platz in der Welt geben werde, auf den es Anspruch habe. Hierdurch würde die Menschheit vor dem Unglück eines neuen Weltkrieges bewahrt werden.

Deutschland habe heute sowohl die Gleichberechtigung als auch die Macht. Die Reparationen, Teil V des Versailler Vertrages, die Entmilitarisierung der Rheinlande seien verschwunden; und je eher die Wiedergewinnung dieses natürlichen deutschen Rechts auf Selbstverteidigung ohne weitere Aussprache angenommen werde, um so besser sei es. Deutschland sei wieder gerüstet.

Für die britische Regierung bleibe lediglich zu tun übrig, ein für allemal auf das verhängnisvolle System zu verzichten, das darin bestehe, sich zuerst mit Englands Freunden zu besprechen und dann die Ergebnisse dieser Besprechungen als eine Art Ultimatum Deutschland vorzulegen. Ein Beispiel für dieses System sei kürzlich der Fragebogen gewesen. An die Stelle dieses Systems müsse eine freie, gleiche und freimütige Beratung am runden Tisch treten. Der Redner empfahl England einen Verzicht auf die beabsichtigte Brüsseler Locarno-Konferenz und schlug statt dessen eine gemeinsame Aussprache vor, um festzustellen, ob die Probleme, die Deutschland und seine Nachbarn noch trennten, nicht auf der Grundlage der Gleichberechtigung gelöst werden könnten. In dem gleichen Maße, in dem eine Lösung der osteuropäischen Frage erreicht werde, müsse das Kolonial- und Wirtschaftsproblem naturnotwendig in den Vordergrund treten. Es sei eine Weltfrage. Persönlich glaube er nicht, daß das Problem durch die bloße Rückgabe der alten deutschen Kolonien an Deutschland gelöst werden könne. Das würde Deutschlands Bedürfnissen unter den veränderten Bedingungen der heutigen Zeit nicht entsprechen. Die Frage

müsse auf einer viel weiteren Grundlage erwogen werden. Alle Kolonialmächte müßten gewillt sein, ihren Beitrag zu einer Gebietsübertragung zu leisten.

Es sei weit wichtiger, daß der Völkerbund, möglichst mit Deutschland als Mitglied, im kommenden September ernstlich an dieses riesige Problem herangehe, als daß er versuche, wieder ein Sanktionsystem herauszustellen, das lediglich dazu verwendet werden könne, einen überalterten status quo aufrechtzuerhalten.

Die wichtigste Frage von allen sei schließlich die Einstellung des gegenwärtigen Rüstungswettbewerbes. Er glaube, daß in der öffentlichen Meinung Englands ein überwältigender Wunsch bestehe, eine ernsthafte Bemühung zu unternehmen, um mit Deutschland zu einer endgültigen Regelung zu gelangen, ein Wunsch, der sich auf die Achtung stütze, die die englischen Soldaten während des Weltkrieges vor einem tapferen und standhaften Feinde gewonnen hätten.

Der Herzog von Braunschweig

begann seine Rede mit einigen persönlichen Erinnerungen an den verstorbenen König Georg V., der ihm 1922 geschrieben habe, er hoffe, daß die Mißverständnisse, die zu der Tragödie von 1914 geführt haben, zwischen Deutschland und England endgültig verschwinden würden. Unsere beiden Völker, betonte der Herzog weiter, können sich freuen, daß die gegenseitigen Besuche von Frontkämpfern sowohl von Ihrem als auch unserem Staatsoberhaupt so warm gefördert wurden.

Es war Ihr König, der seinerzeit als Frontkämpfer die Anregung zu einem Besuch englischer Frontkämpfer in England gab, und unser Führer hat einmal die Überzeugung ausgesprochen, daß nur Männer, die wirklich vier Jahre lang im Felde gestanden haben, in besonderem Maße zu Frieden und Verständigung beitragen können, gerade weil sie die Schrecken des Krieges kennen. Das deutsche Volk will ja Freundschaft mit England!

Der Redner verwies weiter auf die sportliche Verbundenheit der beiden Völker und erinnerte an die herzliche Aufnahme des Reichssportführers und deutscher Sportler in England. „Wir in Deutschland“, so fuhr er fort, „sehen den Olympischen Spielen entgegen, und freuen uns über die große Zahl von Engländern, die ihre Teilnahme zugesagt haben. Ich darf hier aussprechen, daß die Deutsch-Englische Gesellschaft sich auch ihrerseits für die Olympischen Spiele rüstet und hofft, viele von Ihnen in ihren schönen Klubräumen begrüßen zu können.“ Ein anderes Gebiet, auf dem gleichfalls durch das Medium beider Gesellschaften der Ausbau gegenseitiger Beziehungen hoffentlich noch stärker gefördert werden könne, sei das der Kunst und Literatur.

Wir sehen der Zukunft hoffnungsvoll entgegen und glauben unbeirrt daran, daß unsere beiden Völker immer näher zusammenkommen werden, zu ihrem eigenen Besten, zum Besten Europas und zum Besten der Welt.

Hierauf ergriff Botschaftsrat Fürst Bismarck, der deutsche Geschäftsträger, das Wort zu einer Rede. Er glaube sagen zu können, daß täglich die Erkenntnis an Boden gewinne, daß ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen England und Deutschland einer der besten Wege für die Erhaltung des Friedens in Europa sei. Zur Beseitigung noch vorhandener Mißverständnisse könne durch eine enge und persönliche Fühlungnahme viel beigetragen werden.

Paris beharrt auf Brüssel

Fransösischer Schritt in London.

Der französische Botschafter in London ist von seiner Regierung beauftragt worden, beim Foreign Office vorstellig zu werden, um auf der Abhaltung der Brüsseler Konferenz auch ohne die Beteiligung Italiens zu bestehen. Die Pariser Presse weist zwar darauf hin, daß man in London wenig Neigung zeige, unter den gegenwärtigen Umständen nach Brüssel zu gehen, hält es aber dennoch

für ziemlich wahrscheinlich, daß die britische Regierung schließlich nachgeben werde, zumal Belgien den französischen Standpunkt teile. Hinsichtlich des Ausganges der Dreierbesprechungen geben sich die Blätter allerdings keinen allzu großen Hoffnungen hin.

Eine Ansprache Mussolinis bei der Feier aus Anlaß der Aufhebung der Sanktionen

Rom, 16. Juli. Aus Anlaß des Endes der wirtschaftlichen Belagerung Italiens durch die Sanktionsländer fand am Mittwochabend auf der Piazza Venezia eine großartige Kundgebung statt, bei der Mussolini an die den Platz füllende Volksmenge folgende Ansprache richtete: Heute, am 15. Juli des Jahres 14, ist auf den Wällen des Weltanktionismus die weiße Fahne aufgezo-gen worden. Das ist nicht nur ein Zeichen der Uebergabe, sondern man möchte wünschen, daß es auch ein Symptom der Rückkehr zum gesunden Menschenverstand war. Das Verdienst an diesem großen Siege an der Wirtschaftsfrent gebührt voll und ganz dem italienischen Volke. (Die Menge ruft: „Ihnen, Duce!“) Es gebührt den Männern, Frauen und Kindern ganz Italiens. Niemand hat gezittert, niemand hat sich gebeugt, alle waren zu jedem Opfer bereit in der Ueberzeugung, daß schließlich die Zivilisation und die Gerechtigkeit den Triumph in Afrika und in Europa davontragen werde. So ist es gekommen, so wird es morgen und immer geschehen unter dem Zeichen des unbefiegbaren Littorenbündels.

Langanhaltende begeisterte Kundgebungen folgten der Rede des Duces, der sich genötigt sah, immer wieder auf dem Balkon des Palazzo Venezia zu erscheinen.

In ganz Italien fanden vaterländische Feiern statt. Sämtliche Städte trugen Flaggenschmuck und überall beteiligten sich große Volksmassen.

Kabinettsrat in London

Außenminister Eden ist nach einwöchigem Erholungsaufenthalt auf dem Lande nach London zurückgekehrt. Im Laufe des Vormittags nahm er an einer Kabinettsitzung teil, in der u. a. über die durch das deutsch-österreichische Abkommen geschaffene Lage und über die geplante Brüsseler Konferenz gesprochen worden sein dürfte.

Während der Kabinettsitzung sprach der französische Botschafter Corbin im Auswärtigen Amt vor, wo er eine längere Unterredung mit dem ständigen Unterstaatssekretär Mansfield führte. In englischen Kreisen wird die Richtigkeit der Meldungen nicht bestritten, wonach die französische Regierung beschlossen habe, auf eine Abhaltung der Konferenz der drei Locarnomächte Frankreich, England und Belgien am 22. Juli zu dringen.

Einigung über die Meerengen-Durchfahrt

In der Nachmittagsitzung der Meerengenkonferenz ist über die entscheidende Frage der Durchfahrt von Kriegsschiffen kriegführender Mächte eine Einigung zwischen England und Rußland erzielt worden.

Die Türkei erhält hiernach das Recht, in Kriegszeiten die Durchfahrt, und zwar in beiden Richtungen, den Schiffen derjenigen Kriegführenden zu gestatten, die auf Grund der Völkerbundsatzung eine Aktion unternehmen oder die einem Staat Hilfe leisten, mit dem die Türkei durch einen Pakt oder ein Unterstützungsabkommen verbunden ist. Auf die ausdrückliche Wahrung der Rechte der Kriegführenden in dem neuen Abkommen, die die letzte Schwierigkeit bildete, haben die englischen Vertreter verzichtet.

Der neue Text behält von dem englischen Entwurf zu Artikel 16 nur den ersten Absatz bei, der folgendermaßen lautet: Wenn in Kriegszeiten die Türkei neutral ist, genießen die Kriegsschiffe und die Hilfsschiffe völlige Freiheit der Durchfahrt und des Verkehrs in den Meerengen unter den gleichen Bedingungen, die in Artikel 9 bis 15 (Regelung für Friedenszeiten) festgelegt sind. Hieran schließt sich jedoch der russische Zusatzantrag, der folgende Form erhalten hat: Die Durchfahrt durch die Meerengen ist aber den Kriegsschiffen jedes kriegführenden Staates verboten, abgesehen von den Fällen des Artikels 23 (Völkerbundsverpflichtungen) und den Fällen der von der Türkei im Rahmen der Völkerbundsatzung abgeschlossenen Pakte und Abkommen.

